

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Dauts,
Invalidentant. Berlin Bernh. Arndt, War Gerlmann.
Eberfeld W. Thienes, Greifswald C. Jllies, Halle a. S.
Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 16. Juli. Ein Telegramm aus
Karlsruhe meldet:

„Die Fahrt des Kaisers am 14. nach Borgund verlief bei schönstem Wetter zur allgemeinen Zufriedenheit. Gestern wurde die Reise nach dem Rauensfjord bis Mo fortgesetzt. An Bord ist Alles wohl.“

— Es wird die Frage immer noch als unentschieden behandelt, ob der Bundesrath demnächst die Beschlüsse des Reichstages betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung mit seinem grundsätzlichen Verbot des freien Detailreihens die Zustimmung ertheilen werde. Der Bundesrath hat am 2. Juli bereits die Gewerbeordnungsnovelle angenommen. Die Publikation des Gesetzes, das am 1. Januar 1897 in Kraft treten soll, ist allerdings noch nicht erfolgt, und es liegt somit die Annahme nahe, daß mit der Veröffentlichung gewartet wird, bis sich der Bundesrath über die Ausübung der ihm im Gesetze ertheilten Befugniß, einzelne Gewerkskreise freizugehen, schlußig gemacht haben wird.

— In dem durch den Tod des national-liberalen Abgeordneten Wieseler erledigten Reichstagswahlkreis „Westphallens-Brandenburg“ stellt die sozialdemokratische Partei den Millionär, proletarier Privatdozent Dr. Aaronus als Kandidaten auf. Da die Zahl der für den Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen schon bei den letzten Wahl relativ die höchste war, so ist ein neuer Wahlsieg der Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen, da auch leider hier die bürgerlichen Parteien, anstatt sich sofort zusammenzuschließen, vier Sonderkandidaturen aufstellen, von denen zwei von den betreffenden Parteien selbst von vornherein als bloße Zählkandidaturen angesehen werden. Aaronus hat den Wahlkreis schon lange Zeit als seine Domäne bearbeitet und ihn auch als Abgeordneter der Genossen auf dem Parteitage vertreten. Auffallend ist, wie in der Arbeiterpartei par excellence die wirklichen Arbeiterkandidaturen immer seltener werden, selbst die Kandidaturen von Männern, die früher dem Arbeiterstande angehört haben, dann aber mit dem Avancement in der Partei einen einträglicheren bürgerlichen Beruf ergriffen haben. Die „Literatenclique“, die man früher ängstlich zurückdrängen bemüht war und die auch auf dem Parteitage noch Gegenstand der Aufmerksamkeit nimmt in der parlamentarischen Fraktion immer mehr zu. Als Arbeiter führt sich nicht einmal ein halbes Dutzend von den vier Dutzend sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages auf und es ist fraglich, ob auch nur einer von diesen noch praktisch als Arbeiter thätig ist.

— Durch gemeinschaftlichen Erlass des Handelsministers und des Ministers des Innern vom 31. Juli 1894 an die Regierungspräsidenten wurde für die Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern die Errichtung von Arbeitsnachweiskeitellen empfohlen. Es wurde dann ministeriell seitdem darauf aufmerksam gemacht, daß durch eine organische Verbindung die Wirksamkeit der Arbeitsnachweiskeitellen erhöht werden könne, und daß es auch zweckmäßig wäre, wenn diese mit den für die Arbeitsvermittlung auf dem Lande bestehenden Vereinen und späterhin mit den Arbeitsnachweiskeitellen, die voraussichtlich von den Landwirtschafstammern errichtet würden, sich in Beziehung setzten. In Folge dessen geht man jetzt mehrfach in Städten mit dem Erlass eines Erbkatsus vor, wonach sich die städtische Arbeitsvermittlungsstelle mit anderen Nachweiskeitellen und Vermittlungsstellen, sowie mit sonstigen zur Erlangung von Auskunft geeigneten Veranstatungen und Behörden in Verbindung setzen kann. Auf diese Weise können die Arbeitsnachweiskeitellen die Arbeitsangebote in den verschiedenen Gegenden und Orten ausgiebigen werden.

— Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin haben eine Sitzung abgehalten, aus welcher Folgendes zu berichten ist:

„Das Präsidium des Deutschen Handelstages beschäftigt gemäß einem Beschlusse des Ausschusses vom 9. März d. J., zum Zwecke einer gutachtlichen Aeußerung über den Entwurf eines neuen Handelsgesetzbuches die Plenarsammlung des Handelstages zu Ende September oder Anfang October d. J. zu berufen. Dieser Termin ist dadurch bedingt, daß dem Vernehmen nach das Reichs-Justizamt beschäftigt, den Entwurf schon im October dem Bundesrathe zur Beschlußfassung vorzulegen; etwaige vom Handelstage zu wünschende Aenderungen werden also um so eher Aussicht auf Berücksichtigung haben, wenn sie schon vorher vom Handelstage der Bundesräthe unterbreitet sein werden. Der Plenarversammlung beschäftigt der Handelstag noch Ausschüßsitzungen (behufs Vorbereitungen der Anträge) und diesen wieder Sitzungen von Subkommissionen vorausgehen zu lassen, unter welcher letztere die Detailberathung des Entwurfs theilhaft werden soll. Das Präsidium hat deshalb die Mitglieder des Handelstages zur Vornahme ihrer Delegirten für die Berathungen der Subkommissionen aufgefordert. — Das Aeltesten-Collegium erachtete den Arbeitsplan des Handelstages für nicht durchführbar Angesichts des Umstandes, daß in der jetzigen Ferien- und Reisezeit die Handelskammern und Störporations-Vorstände kaum in der Lage sein werden, sich über den bekanntlich erst vor Kurzem veröffentlichten Entwurf Äußerung zu machen, daß diese Arbeit vielmehr mit der ihrer Wichtigkeit angemessenen Gründlichkeit sich erst im Laufe des Septembers vollenden dürfte, und erst bis Mitte October wird bewältigen lassen. Vorher würden also die Delegirten der einzelnen Handelsvorstände in den Subkommissionen des Handelstages nur ihre persönlichen Ansichten vertreten können, während doch ihre Aufgabe sein müßte, die Ansichten der beleghenden Körperschaften zur Geltung zu bringen. Das Kollegium beschloß daher, das Präsidium des Handelstages zu ersuchen, sich an die Stelle dafür zu verwenden, daß dem Handelstage die unbedingt notwendige Frist zur Prüfung des für ihn so überaus wichtigen Entwurfs des für ihn so überaus wichtigen Entwurfs des Entwurfs gelassen werde, zumal da doch ein sachliche oder politische Pöthigung zur Ueberwindung dieses Geleghungssatzes nicht einzutreten werde. Unter der Voraussetzung, daß auf diese Weise der Boden für fruchtbare Arbeit der Subkommissionen des Handelstages geschaffen würde, erklärte das Kollegium sich bereit, daran theilzunehmen. — Bekanntlich hatte das Kollegium seinerseits schon Ende v. M. eine Kommission mit der Prüfung des Handelsgesetzbuchs-Entwurfs

beauftragt, die ihre Arbeiten unmittelbar nach
Schluß der Sommerferien aufnehmen wird."

Das Kollegium richtet an den Reichsstatzen eine Eingabe gegen die Vorschläge der Reichs-Kommission für Arbeiter-Statistik zur Einführung einer obligatorischen Schutzzeit der Ladengeschäfte. Dieselbe ist nach eingehender Befragung hiesiger Ladenbesitzer verschiedener Branchen verfaßt und führt im Wesentlichen aus, daß eine einheitliche Regelung wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Geschäftszeigen und Stadtgegenden nicht möglich sei; wenn auch das gelegentliche Vorkommen von Ueberanstrengung des Personals anzuerkennen und die Durchführung einer allgemeinen Mindestrabe von 9 Stunden sehr wünschenswerth sei, so müsse dies Ziel doch im Wege der freien Vereinbarung und durch den Druck der öffentlichen Meinung erstrebt werden nicht aber im Wege der schematischen gesetz- oder verordnungsmäßigen Regelung. Die Eingabe wird in der nächsten Nummer der „Korrespondenz“ der Leitenden abgedruckt werden.

— Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Die „Volks-Zeitung“ berichtet in ihrer Nummer 283 vom 19. Juni 1896 über eine Gerichtsverhandlung zwischen den Wittfräulein Robert Trend aus Schöneberg. In dem Bericht wird gesagt, daß Trend, der in der Schlacht bei Königgrätz durch einen Schuß beide Augen verloren habe, von seiner beschiedenen Anwaltsperson seine Familie nicht ernähren könne und sich fast stets in großer Nothlage befinde. Hierdurch könnte die Auffassung erweckt werden, daß die Behörden es an ausreichender Fürsorge für den Invaliden hätten fehlen lassen. Dem gegenüber wird festgestellt: 1) Trend bezieht an gesetzlichen Invalideubehilfen monatlich 84 Mark, an laufenden sonstigen Zuwendungen — aus der Privatkaufstelle Seine Majestät des Kaisers und Königs, sowie aus Dispositionsfonds — monatlich 80 Mark, insgesammt monatlich 164 Mark. 2) Trend ist neben diesen laufenden Zuwendungen mehrfach mit einmaligen Unterstüzungen bedacht worden, die einen beträchtlichen Gesamtbetrag ausmachen. 3) Trend hat die im Jahre 1875 ihm mit seiner Familie angebotene Aufnahme in das Invalidenhaus zu Stolp abgelehnt.

— Die Erklärung der Posener Führer des Bundes der Landwirthe, welche die absolute Un-
eigennützigkeit des Herrn von Bliß als Bundes-
haupt besungen, hat diesem einen argen „Vären-
dienst“ erwiesen, denn es wurde schon gelegent-
lich der Versammlung im Zirkus Buzich von ver-
schiedenen Seiten bemängelt, daß über das Ver-
hältniß der Bundeskasse zu der Thätigkeit der
Leitung des Bundes der Generalversammlung
seinerlei Nachdenkhaft abgelegt worden war. Au-
ßer die Erklärung hin sind nun von verschiede-
nen Seiten Beträge genannt worden, welche die
Willen des Herrn von Bliß als gut „honorirt“
erscheinen lassen. Die „D. Tagesztg.“ veröffent-
licht nun folgende Erklärung:

„Herr von Pögg hat an die Redaktion des „Vorwärts“ die folgende Verichtigung ergehen lassen: „In Nr. 162 des „Vorwärts“ ist folgende Äußerung enthalten: „Nach einer unzugänglichen Mittheilung bezog Herr von Pögg vor zwei Jahren ein Gehalt von 15 000 Mk. im vorigen Jahre 20 000 Mk. Seine Spesen belaufen sich jährlich auf 5000 bis 6000 Mk. Außerdem soll er noch jährlich 8000 bis 10 000 Mk. liquidiren.“ Ich erkläre darauf: „Sämmtliche in vorstehender Notiz enthaltenen Angaben sind un wahr. Es ist im Vorordnen nicht wahr, daß ich ein Gehalt vom Bunde der Landwirthe beziehe; es ist ferner nicht wahr, daß ich Spesen oder Unkosten an nur annähernd in der mitgetheilten Höhe beim Bunde der Landwirthe liquidirt habe.“ Es ist selbstverständlich, daß Herr von Pögg keine Veranlassung findet, die geschäftlichen und süßenhaften Angaben der Blätter von der Schläge der „Germania“, des „Vorwärts“ des „Deutschen Reichsblasses“, u. s. w. gegen über eine positive Erklärung abzugeben. Seine Freunde und den Mitgliebern des Bundes gegenüber aber wird er schon die passende Gelegenheit finden, eingehendere tatsächliche Mittheilungen zu machen.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt dazu: „Nachdem diese Angelegenheit erst einmal öffentlich zur Sprache gekommen ist und Herr von Pögg überhaupt auf die Sache reagirt hat, hätte wohl noch andere Leute als seine Freunde und die Mitglieder des Bundes der Landwirthe einen Anspruch auf positive Erklärungen gehabt.“

— Aus Schleswig-Holstein, 14. Juli, wird der „Boll. Btg.“ geschrieben:

In den Hafenstädten unserer Ostküste finden die Klagen d. r. Thortier Dänelskammer über das Verbot der Einfuhr lebender Schweine aus dem Ausland lebhaften Widerhall. Das Verbot, das auch für Schleswig-Holstein gilt und unter weitere Verbote der Einfuhr frischen Schweinefleisches und aller aus Russland stammenden Zubereitungen von Schweinefleisch verstärkt ist, ist für diese Provinz allerdings keine so große Bedeutung, aber wir befinden uns insofern gerade in d. r. selben Lage wie die Seefstädte des Ostens, als bei uns die Einfuhr dänischer Schweine seit der in Secuorantänestationen seit einem halben Jahre verboten war. Nun sind wir hier nicht in der Lage zu beurtheilen, welche Gefahren die russische Schweine der deutschen Landwirthschaft bringen kann, aber was Dänemark betrifft, wird dort eine so genaue ziffermäßige Controlirung über den Gesundheitszustand des Viehs geführt, daß man mit voller Sicherheit sagen kann: Ueberhaupt nicht veterinärpolizeiliche Gründe, die die dänische Schweine vom deutschen Markte fernhalten. Das ist schon von dem Abg. Groth im preussischen Abgeordnetenhaus nachgewiesen worden. Zur Zeit als man in Berlin die dänischen Schweine für so gefährlich hielt, daß es für notwendig gefunden wurde, ihnen den Eintritt in den Quarantänestationen zu untersagen, waren nur 75 Stück erkrankt, welche die dänische Vievinapoliizei ganz genau kannte und deren Einfuhr sie auch dann nicht gestattete, wenn es jedes frange Schweine tausend Kronen gekostet hätte. So bedeutend ist das Interesse d. r. Märkte, nur gesundes Vieh auszuführen. Es hindert das aber alles nichts. Man will das dänische Vieh aus dem deutschen Markte nicht haben. Und wie wenig bedeutet es dort. Dänemark hat im Jahre 1894 im Ganzen 1 200 000 Schweine in Deutschland eingeführt. Das ist ungefähr 1 v. H. des Bedarfs, den Deutschland alljährlich an Schweinen hat. Für die deutsche Landwirth-

schafft ist die dänische Schweineinfuhr so gut wie ohne Bedeutung, aber für die großen Arbeitermassen in den Seestädten ist sie es nicht. Und dabei schädigt das Verbot Handel und Verkehr und die Gemeinden, die auf Drängen der Regierung die kostspieligen Viehquarantäne-Anstalten gebaut haben."

Wöwenberg i. Schles., 15. Juli. Bei der heutigen Stichwahl zum Reichstage erhielt in der Stadt Wöwenberg selbst der Freisinnige Koppich 638, der konservernabie Agrarier Graf Nostiz 283 Stimmen. Bekannt sind im Ganzen bisher die Resultate aus 49 Orten, in denen Koppich 4529, Graf Nostiz 3625 Stimmen erhielt. Es stehen noch 23 Orte aus, doch wird die Wahl von Koppich für sicher gehalten.

Oesterreich-Ungarn.

Gmunden, 15. Juli. In Folge Auftretens von Nekrosen-Bildung im Gelenksende des Oberschenkels und Schienbeines in großem Umfange mußte an dem Prinzen von Cumberland eine Operation vorgenommen werden, welche Professor Mosetig ausgeführt hat.

Franfreich.

Paris, 15. Juli. Von dem Gefolge des
Bizetönigs Li-Hung-Tschang theilt ein Korre-
spondent der „Nat.-Ztg.“ mit:

In seinem Gefolge müssen sich recht gemüthliche Kränze befinden, die der Spottlust der für das Dekorative eingenommenen Pariser Nahrung geboten haben. Sach man doch in einem der Galawagen ein Bauer, ein ganz gewöhnliches Holzbauer, auf den Knien eines der Antönnlinge und darin etwas Grauliches, nach den Einen ein Raminchen, nach den Anderen ein Huhn, nach den Dritten eine junge Katze. Vielleicht war der diensthafte Geist, der sich damit schleppen mußte, jener Schiffskapitän, vom dem es heißt, er sei wegen eines angeblichen Dienstfehlers im Kriege mit Japan abgesetzt und von dem Bischof von Befschili vor die Wahl gestellt worden, sich den Leib aufzuschlitzen, oder sein Diener zu werden. In einem anderen Wagen konnte man einen riesigen Strauß aus Gänseblumen, Kornblumen und Mohn über den Schoß der vier Insassen ausgebreitet sehen, eine Tricolore, wie sie zum Nationalfeste für den Schmuck öffentlicher Lokale, Kaufläden und Tanzplätze unter freiem Himmel gewunden wird. Möglicherweise hatte ein Zollwächter an der Grenze, wo ein Extraguz die aus Belgien kommenden Chinesen abholte, in patriotischem Eifer diese Gabe überreicht, deren Farben den Kästen dann von Thürmen und Fenstern herab widerstrahlten. Um nach dem Grand Hotel zu gelangen, mußten sie an mehreren für die Tanzbelustigung von heute, morgen und übermorgen Abend reichlich mit Fahnen und Campions eingeklebten Stellen vorbeikommen, wo auch schon Klaviere bereit standen, mechanische und andere. Wenn Tschang sich unter den Reisenden befände, so würde er sich wundern über die Abwesenheit aller politischen Anspielungen, die nicht auf die russische Allianz Bezug haben, über die Winkelsichter, welche ruhig brennen dürfen, ohne daß jedes einzelne mit R F gestempelt ist, auch über das Fehlen von Fahnen, Wimpeln und Flaggen an vielen Fenstern, wo sie vor zehn Jahren lustig wehten, ganz besonders über die herrschende Stille, die nur ganz ausnahmsweise durch die Maréchalaise unterbrochen wird, deren Klänge früher alle Stroken bis zum Ueberdruß der Anwohner erfüllten. Seine Landsleute können solche Vergleiche nicht anstellen; aber sie werden diese Woche im Grand-Hotel so viel Tanzmusik vom Opernplatze her hören, so viele musikalische Bummel auf den Straßen und so viele Läden geschlossen sehen, daß sie sich von der priüch-wörtlichen Leichtgläubigkeit der Franzosen ein sehr schattes, im Grunde jedoch ganz falsches Bild machen werden.

Italien.

Rom, 15. Juli. Der Ministerpräsident di Rudini und der Justizminister Costa erhielten gestern und heute telegraphische Mittheilungen von Visconti Venosta. Letzterer wird morgen, gleich nach seiner Ankunft, vom Könige empfangen werden. Die „Spinione“ sagt, man hege keinen Zweifel, daß Visconti Venosta das Portefeuille des Aeußeren annehmen werde.

Thupland.

Petersburg, 15. Juli. Ueber den Empfang, welchen der Vorstand der deutschen Kolonie bei dem Kaiser und der Kaiserin hatte, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Vorstand überreichte eine kostbare in Silber getriebene Andachtsadresse, auf deren Kopf sich, von künstlerisch ausgeführten allegorischen Figuren umgeben, die Wappen des Kaisers und der Kaiserin in bunter Emaille befanden. Auf der Innenseite der silbernen Hülle befindet sich auf Pergament eine mit schöner Malerei und kunstvollen Initialen niedergeschriebene Adresse. Der Kaiser sprach sich sehr gnädig aus und gab seiner Freude über die Gabe Ausdruck, welche einen neuen Beweis von der Höhe gebe, auf der das deutsche Kunstgewerbe stehe. Nachdem der Kaiser und die Kaiserin sich in leutseltiger Weise nach den Verhältnissen der deutschen Kolonie erkundigt hatten, ersuchten sie die Vertreter derselben, die Kolonie ihren Dank auszusprechen, und gaben dem Wunsche auf eine glückliche Weiterentwicklung der Kolonie Ausdruck. Ueber den gekrönten Besizer der Herzogin von Sachsen-Coburg-Gotha, der Großfürstin Maria Paulowna, des Großfürsten Grail und des Herzogs Eugen von Leuchtenberg, auf den deutschen Kriegsschiffen in Kronstadt wird gemeldet, daß die hohen Herrschaften um 3 Uhr Nachmittags unter dem Donner der Geschütze heider Schiffschiffe, Hurrarufen der aufgereizten Mannschaften und unter den Klängen der russischen Nationalhymne eintrafen. Nach Vorbesicht auf S. M. Schiff „Stein“, an welchem des hohen Segenganges wegen nicht angelegt werden konnte, nahmen die hohen Herrschaften auf S. M. S. „Stoich“ die dargebotenen Erfrischungen ein, während die Kadetten und Matrosen Schiffschiffe und Umrundungen vorführten. Kapitän j. S. Zielse hatte den beiden hohen Damen beim Betreten des „Stoich“ Blumenkränze überreicht. Kapitän j. S. von Absfeld war vom „Stein“ herübergekommen und wurde den hohen Herrschaften vorgestellt. Nach eingehender Befichtigung aller Schiffsräume und nachdem die hohen Damen dem Kapitän j. S. Zielse wiederholt ihren Dank für die

ufnahme ausgesprochen hatten, kehrten die
oben Gäste nach Petersburg zurück. Abends
gingen beide Schiffe nach Schweden ab. Vor
der Abfahrt hatte der Vorstand der deutschen
Kolonie mitgetheilt, die Kolonie habe beschlossen,
beiden Schiffen zum Andenken an den Aufenthalt
der ein Silbergewicht zu stiften.

Griechenland.

Athen, 18. Juli. Unter dem Vorwande, die am Sonntag erschossenen türkischen Matrosen zu rächen, machten am Montag türkische Truppen einen Vorstoß gegen den Bezirk von Apotirona. Die Stützen dauid auf christliche Schützen und es entstand ein heftiges Gefecht, das am Dienstag erneuert wurde und wonach, wie verlautet, in Kanea die Türken den Wüthzug antreten mußten. Dieser Vertragsbruch der Türken erregt in Kanea und hier größte Besorgniß, indem man darin eine allgemeine Verständigung der türkischen Truppen mit den eingeborenen Muselmännern ersieht, um die Christen zur Wiederaufnahme der Kriege zu veranlassen und jegliche friedliche Lösung zu vereiteln. Die Militärbehörden in Kanea stehen in unverhohlenen Gegensatz zum Zivilgouverneur, dessen Befehl, nicht vorzugehen, von den Truppen einfach verachtet wurde. Die Konsuln in Kanea befürchten ernste Verwickelungen. Nach glaubwürdigen Nachrichten aus Mazedonien kommen dort fast täglich Geheimagenten aus Bulgarien an. Diese bulgarischen Nachschafften rufen türkischerseits Verstärkungen an der bulgarischen Grenze hervor und reizen die Türken zum äußersten Fanatismus; sie bewaffnen sich und drohen den Christen blutige Rache.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 16. Juli. Geheimrath Krupp
um Esen traf gestern Abend in Beileitung
mehrerer Marineoffiziere mit der von ihm ge-
zeichneten schottischen Dampfschiff „Gristabell“
auf der Werft des „Bulkan“ ein und besichtigte
die dortigen Werke sehr eingehend. Heute früh
ist die Nacht wieder nach Schweinekübe abgedampft.
Wie es heißt, beschäftigt Herr Krupp auch die
von ihm kürzlich in Vorpommern erworbenen
bitter Divier, Jarniska und Nadow zu bejagen.

* Bebauungs-Verlängerung der Vellebuestraße
voll auf Antrag des hiesigen Magistrats von
dem Grundstück Galswiese Nr. 31 eine Fläche
von 16 Nr 18 Quadratmeter enteignet
werden. Zur Feststellung der Entschädigung ist
in Termin auf Freitag, den 31. Juli, Nach-
mittags 4 Uhr, im Lokale des Galtwirths
Dennke, Galswiese Nr. 30, vor dem Kommissar
des Verfahrens, Herrn Regierungs-Assessor Bant
nberaumt.

* In der Zabelsdorferstraße wurden am Montag Abend zwei Schulleute fortgesetzt von dem Zimmermann Bitt. Dittmer belästigt, weshalb sie denselben schießlich verhafteten. Da der Arrestant sich sehr widerständig zeigte, sollte derselbe gefesselt werden, ehe es jedoch soweit kam, hatte D. dem einen Schuagmann mit einem Messer zwei tiefe Stichwunden am linken Unter-

* Der bei dem Umbau des Hauses Rosen-
garten 44 beschäftigte Malermeister Rothkopf
erkrankte letzte Woche Mittags durch einen
Sturz aus dem ersten Stockwerk, wobei er nicht
nennenswerthe innere und äußere Verletzungen
erlitt. R. mußte mittels Krankenwagens in seine
Wohnung gebracht werden. — Gestern Abend
zwischen 8 und 9 Uhr erlitten auf der Sanitäts-
wache der Arbeiter Wilh. Hartmann mit einer
tief blutenden Kopfwunde, die er sich durch Fall
zugezogen hatte. Nach Anlegung eines Verbandes
wurde H. entlassen, etwa 2 Stunden später wurde
jedoch die Sanitätswache wieder wegen desselben
Mannes in Anspruch genommen, da derselbe
übermäßig gestürzt war, er mußte in das Kranken-
haus überführt werden.

Stettin. 16. Juli. Der IV. Schnei-
derkongress, welcher vorgestern in Eisen-
ach tagte, gab zu den Forderungen des
Schneider und Näherinnen an die Ge-
setzgebung folgende Erklärung ab: Die große,
durch die Erhebung des Reichstagskommission für
Arbeiterhaftpflicht und des Eingangsamtes des
Berliner Gewerbegerichts amtlich festgestellte
Notlage, in der sich nach allen Richtungen hin
die Arbeiter und die Arbeiterinnen in den ver-
schiedensten Zweigen der Konfektion befinden, und

die Eheleute, daß ein Theil der Unternehmer und ein großer Theil der Zunftmeister die von den Arbeitern und Arbeiterinnen abgerungenen Zugagen aufs schmachlichste gebrochen und dadurch sich als Menschen erwiesen haben, die keines Vertrauens würdig sind, hat es zu einer der dringendsten Pflichten des Reiches gemacht, alles aufzubieten, was in seinen Kräften steht um die vorhandenen Uebel in den verchiedenen Zweigen der Konfektion endlich zu beseitigen. Als notwendige Maßregeln in dieser Richtung bezeichnet der Stogreich: 1. Die Unterstellung der Hausindustrie und der Seimarbeit und der in ihnen beschäftigten Personen unter alle Arbeiterbestimmungen der Gewerbeordnung, unter die Gewerbeinspektion und unter die verchiedenen Zweige der Arbeiterversicherung. 2. Insbesondere das Verbot der Nacht- und der Sonn- und Festtagsarbeit. 3. Eine geistliche Minimalarbeitszeit. 4. Verbot der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder. 5. Die Anstellung besonderer, hauptsächlich weiblicher Gewerbeinspektoren für die Hausindustrie und die Seimarbeit. 6. Strenge Vorschriften über die Anzeigepflicht der Arbeitsräume und Wohnungen, in denen Personen als Hausindustrielle oder Seimarbeiter beschäftigt sind. Zwang zur Ristenführung über die beschäftigten Personen. 7. Kontrolle der Arbeitsräume und sanitäre Vorschriften für dieselben. 8. Bezeichnung der in Strassanten und in der Hausindustrie hergestellten Waaren als solche. Diese Bezeichnungen dürfen nur von den zum eigenen Gebrauch tausenden Konsumanten entfernt werden. 9. Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. 10. Verbot, respektive besondere Vorschriften aller der Gesundheit besonders schädlichen Arbeitsmethoden (Stoßbügeln, Steppen zc.). Räumliche Separierung der Bügel- von den Näherräumen. 11. Verpflichtung zum Erlaß von Arbeitsordnungen für alle Betriebe, welche die Arbeiter direkt oder indirekt beschäftigen. 12. Vorschriften über Vereinbarung der Löhne und die Art der Lohnzahlung. Verpflichtung der Meister, den Arbeitern und Näherinnen auf den

beitszettel die Abhne anzugeben, die sie von den Unternehmern erhalten. Verbot von Abhngen ohne schiedsrichterliche Entscheidung. (Spezial-Schiedsgericht.) 13. Verpflichtung, Arbeitsmaterial und Werkzeuge, soweit diese der Unternehmer oder deren Angestellte, oder der Gesellenmeister liefert und anrechnet, an die Arbeiter nicht hher als zum Selbstkostenpreis abzugeben. 14. Verbot, da Werkstttenarbeiter Arbeit zur Fertigstellung nach Hause mitzunehmen. Gesetzlich normierte prozentuale Lohnzuschlge fr Ueberstunden, soweit letztere gesetzlich zulssig sind. 15. Verbot fr diejenigen Unternehmer oder Meister, weibliche Arbeiter beschftigen zu drfen, die sich in betrgerischer oder unftlicher Weise gegen von ihnen beschftigte Arbeiterinnen vergangen haben. 16. Volle Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit. 17. Internationale Vereinbarungen der Regierungen auf Grund vorhergehender Bestimmungen."

* Gelegentlich einer am 14. d. Mts. vorgenommenen Revision wurde bei einem hiesigen Pfandleiher eine goldene Sonnette-Unteruhr (Nr. 54 495) im Werthe von etwa 200 Mark beschlagnahmt. Die Uhr ist nach Angabe des Pfandleihers am 25. d. Mts. von einem rebegut aussehenden und ansehnlich nicht ganz nüchternen Menschen, der sich durch eine Versicherungskarte als Vater eines Schwantes auswies, zum Verkauf gebracht worden. Der Mann wollte nur 9 Mark auf die Uhr leisten und dieselbe nach acht Tagen wieder auflösen, das Geld hat er vor der Hausthür mit zwei andern Leuten getheilt.

* Auf Veranlassung der hiesigen Staatsanwaltschaft wurde der Arbeiter Ferd. Zahn wegen Diebstahls und Unterschlagung verhaftet.

* Ein Mann, der sich als Oberfeuer-
kontrollor Horwicz oder Regierungsbaumeister
artmann einführt, hat hier in verschiedenen
eichäten große Bestellungen aufgegeben. Die
den sollten nach Schweinmilde gefandt werden,
ezuehung ist aber nicht erfolgt. Man ver-
utet, daß dieser angebliche Kontrollor oder
baumeister identisch sei mit einem Menschen,
er hier vor Jahren in der Wasse eines Försters
sfrat unb, wie festgestellt wurde, geistes-
ant war.

Am 25. October d. J. beginnt unter Leitung des Oberarztes, Herrn Dr. Schmid, in der Krankenanstalt „Bethanien“ hieselbst ein Kursus für Krankenpflegerhelferinnen, bei welchem die Theilnehmerinnen 3 Wochen hindurch einen theoretischen Unterricht und praktische Unterweisung in der Krankenpflege erhalten sollen. Für die Theilnehmerinnen sind vor günstige Bedingungen gestellt.

— Die Bürger von Gradow, denen an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte nichts liegt, seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Liste der stimmbfähigen Bürger für die nächsten Stadtverordneten-Wahlen am Freitag den 16. d. M., d. h. am 30. Juli c. in der Registratur I im Rathhause zu Gradow, Mühlstraße 13, parti., zur Einsicht aller Stadtgemeindemitglieder offen liegt.

— Viele Radfahrer-Unfälle ereignen sich dadurch, daß der Fahrer zum Grunde die Mühe nimmt, in Folge dessen nur eine Hand an der Lenkstange hat und so oftmals nicht schnell genug ausweichen kann. Das Greifen der Kurbelstange durch Abnehmen der Stoffbedeckung ist keineswegs vollkommen überflüssig, denn ein vernünftiger Mensch wird es einem Radler erlauben, wenn er sich auf den von einem Stoffbezug begleiteten gesprochenden Gruß beschränkt. Die Radfahrer mögen also ruhig beide Hände an der Lenkstange lassen, man wird es ihnen nicht als Unhöflichkeit anrechnen, wenn sie nicht vor jedem Bekannten die Mühe ziehen.

— Zur Verhinderung der Erlaubniß zum Betrieb der Schankwirtschaft ist nicht unbedingt notwendig, daß der Konzessionsinhaber sein Gewerbe schon gemißbraucht hat, vielmehr ist vielmehr, ob zu befürchten ist, daß in Zukunft ein Mißbrauch des Gewerbes stattfinden wird. Dies muß aus Handlungen oder Unterlassungen des Konzessionsinhabers entnommen werden (§ 53 Abs. 2 der Reichs-Gewerbeordnung). Eine Verletzung ist aber keine solche Handlung oder Unterlassung; nur die der Befrafung zu Grunde liegende Verletzung stellt eine Handlung oder Unterlassung des Konzessionsinhabers dar. (Urtheil III. 1477 vom 8. Nov. 1895.)

— (Stettiner Gartenbau-Verein). Verammlung am 13. Juli. Vorsitzender Herr Koch. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte seitens des Vorstandes Mittheilung über die gelegentlich der 13. Jahres-Verammlung des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands in Stettin vom 27. bis 30. d. Mts. in Aussicht genommenen festlichen Veranstaltungen, und wurden die Mitglieder eingeladen, möglichst zahlreich an denselben Theil zu nehmen. — Hierauf erfolgte Verlesung des letzten Sitzungsprotokolles, Bekanntgabe der eingegangenen Schriftsachen und Vertheilung der Programme für die vom 2. — 6. October in Kassel und vom 28. April bis 9. Mai 1897 zur Feier des 75jährigen Jubiläums des Vereins zur Förderung des Gartenbaues in den königlich preussigen Staaten in Berlin zu veranstaltenden Gartenbau-Ausstellungen. Von einer seitens des Verlags von Dr. Neuberts Garten-Magazin erfolgten Schenkung der beiden Jahrgänge 1893 und 94 der genannten Zeitschrift für die hiesige Vereinsbibliothek wurde ebenfalls Kenntniss genommen. — Aus der gleichfalls eingegangenen offiziellen Prämienliste der Dresdner Ausstellung ist ersichtlich, daß die vom Stettiner Gartenbau-Verein gestifteten Grenzpreise für andere als die bestimmten Preisaufgaben verwandt worden sind und wird der Vorstand beauftragt, gegen dieses Verfahren bei der Ausstellungseitung Beschwerde zu führen. — Demnachst berichtete Herr Wiese über die Errichtung einer Zentralstelle für Obstverwerthung in Stettin. Redner wies zunächst darauf hin, wie die Wichtigkeit einer Regelung des Obstverkaufes bereits in früheren Versammlungen unseres Vereins allgemein anerkannt worden sei und daß es seiner Frage stehe, daß ein geregelter Absatz des geernteten Obstes, wie er durch die Errichtung einer Zentralstelle für Obstverwerthung angestellt werde, besonders fördernd auf die Ausdehnung des Obstbaues und auf den Anbau besserer Sorten in unserer heimischen Provinz wirken müsse. Gelegte es daher, den Obstgärtnern durch Errichtung einer Obstverwerthungs-

